

Klimagipfel in Berlin: 1,3 Billionen für den Klimaschutz bis 2035!

André Corrêa do Lago bespricht in Berlin die Dringlichkeit internationaler Klimakooperation beim Petersberger Klimadialog 2025.



Berlin, Deutschland - Am Dienstag, dem 25. März 2025, eröffnete André Corrêa do Lago, der designierte Präsident der nächsten Weltklimakonferenz in Brasilien, den Petersberger Klimadialog in Berlin. In seiner Rede betonte er die Notwendigkeit internationaler Kooperation, Solidarität und Tatkraft im Kampf gegen die Erderhitzung. Der Dialog findet bis Mittwoch im Auswärtigen Amt statt und bereitet die Weltklimakonferenz im Herbst vor, bei der ein zentrales Thema die Beschaffung von 1,3 Billionen US-Dollar Klimafinanzierung bis 2035 sein wird. Diese Summe wurde bereits bei der letzten Weltklimakonferenz in Baku zugesagt.

Corrêa do Lago hob insbesondere die Rolle privater Investitionen

in den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel hervor. Er machte deutlich, dass es wichtig ist, die Partnerschaft zwischen Regierungen, Unternehmen und multilateralen Institutionen zu stärken. Der Großteil der privaten Klimaschutzgelder fließt derzeit in Industrie- statt in Entwicklungsländer. Ein Teil der benötigten 1,3 Billionen Dollar könnte durch Abgaben für die Luft- und Schifffahrt sowie durch Steuern auf fossile Brennstoffe finanziert werden, auch wenn Corrêa do Lago in seiner Rede nicht direkt auf fossile Brennstoffe einging.

Herausforderungen und Ziele

Diesen Gesprächstermin findet im Zusammenhang mit dem ersten Kalenderjahr über der 1,5-Grad-Grenze und dem Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen statt. Jennifer Morgan, eine führende Klimadiplomatin aus Deutschland, bezeichnete die Situation als herausfordernd, betonte jedoch, dass das Pariser Abkommen weiterhin stark bleibt. Luisa Neubauer, Klima-Aktivistin, berichtete von einer „wehrhaften“ Stimmung gegenüber dem US-Austritt und der Verteidigung des 1,5-Grad-Ziels.

Ein weiteres Thema in Berlin ist das Klimaziel der Europäischen Union. EU-Kommissar Wopke Hoekstra gab bekannt, dass das Klimaziel der EU für 2040 nicht mehr im März beschlossen wird. Die EU-Kommission verhandelt derzeit mit den Mitgliedsstaaten über dieses Ziel, wobei Ursula von der Leyen anstrebt, dass die EU bis 2040 90 Prozent weniger CO₂ ausstößt als 1990. Widerstand kommt dabei insbesondere aus Polen und Italien. In diesem Kontext schlägt die CDU-nahe Denkfabrik Centrum für europäische Politik eine Reduktion zwischen 78 und 88 Prozent vor, während der klimawissenschaftliche Beirat der EU-Kommission eine Reduktion von 90 bis 95 Prozent empfiehlt.

Das Pariser Abkommen im Fokus

Das „Übereinkommen von Paris“, das am 12. Dezember 2015

auf der Weltklimakonferenz in Paris beschlossen wurde, bildet die Grundlage für die aktuellen Diskussionen. 195 Staaten haben sich verpflichtet, den Klimawandel einzudämmen und die weltwirtschaftliche Struktur klimafreundlich umzugestalten. Die drei Hauptziele des Abkommens sind die Beschränkung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur, die Senkung der Emissionen und die Anpassung an den Klimawandel sowie die Lenkung von Finanzmitteln entsprechend den Klimaschutzzielen. Ziel ist es, den Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu beschränken, und bis zur Mitte des Jahrhunderts dürfen nicht mehr klimaschädliche Gase ausgestoßen werden, als durch Kohlenstoffsinken entzogen werden.

Um erfolgreich zu sein, ist eine rasche und konsequente Dekarbonisierung der Weltwirtschaft erforderlich, sowie eine milliardenschwere Umlenkung globaler Finanzströme in nachhaltige Investitionen. Dabei müssen insbesondere Entwicklungsländer finanziell sowie durch Wissens- und Technologietransfer unterstützt werden. Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll bindet das Klimaabkommen von Paris alle Staaten der Erde und erfordert von diesen die Ausarbeitung eines nationalen Klimabeitrags (NDC), über dessen Fortschritte regelmäßig berichtet werden muss. Das Abkommen trat im November 2016 nach einem zügigen Ratifizierungsprozess in Kraft, und Ende 2018 wurde ein umfassendes Regelwerk zur Umsetzung verabschiedet. Die EU beschloss 2019 den European Green Deal zur Durchsetzung dieser Klimaziele.

Insgesamt steht die internationale Gemeinschaft also vor erheblichen Herausforderungen, doch der Wille zur Kooperation und zum Handeln zeigt sich deutlich im Rahmen des Petersberger Klimadialogs.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland

Details	
Quellen	• taz.de • www.bmz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de